

Neusprech-Texte

Martin Haase

Hochschule Fulda, 20. Mai 2011

1 Merkel: Wahlkampf

Angela Merkel bei einer Wahlkampfveranstaltung in Osnabrück [5]

Die CDU wird sich nicht davon abbringen lassen. Sie werden sich erinnern – die Älteren unter Ihnen –, wie viele Schlachten wir schon geschlagen haben: die Videoüberwachung – gestritten mit den Sozialdemokraten. Heute hätten wir weder die libanesischen Kofferbomber gefunden, noch hätten wir die Schlägereien des alten Mannes in der U-Bahn in München so schnell aufklären können, und heute findet jeder Videoüberwachung auf großen Plätzen, öffentlichen Plätzen, ganz normal. Wenn es die Union nicht gewesen wäre, die dafür gekämpft hätte, dass das notwendig ist, hätten wir heute noch keine Videoüberwachung, und deshalb werden wir auch andere Themen auf die Tagesordnung bringen, wie bestimmte Veränderungen im Jugendstrafrecht, genauso wie die Online-Durchsuchung, und vieles andere mehr. wir werden nicht zulassen, dass technisch manches möglich ist, aber der Staat es nicht nutzt – dafür aber die Verbrecher und Täter und Terroristen es nutzen. Das ist nicht unser Staat. Der Staat muss [wehrhaft sein].

2 Merkel zu Fukushima

Merkel zu Fukushima [2]

BK'IN MERKEL: Guten Tag, meine Damen und Herren! Wir verfolgen mit unverändert großem Entsetzen die Ereignisse in Japan. Die Bilder, die uns seit Freitag erreichen, machen ein geradezu apokalyptisches Ausmaß der Zerstörung deutlich, und sie lassen uns verstummen. Unsere Gedanken sind deshalb vor allen Dingen bei den leidenden Menschen; unsere Gedanken sind beim japanischen Volk.

Was wir tun können, um in dieser Situation des unvorstellbaren Leids und auch der unermesslichen Schäden zu helfen, das werden wir tun und das haben wir bisher schon getan. Ich danke noch einmal allen Helfern des Krisenstabes, die auch über das Wochenende intensiv gearbeitet haben. Ich danke dem Technischen Hilfswerk und auch anderen Organisationen, die unermüdlich im Einsatz sind, um den Menschen zu helfen, sie zu retten, ihr Leid zu mindern und zum Bewältigen des Leides an der Seite der Menschen in Japan zu stehen.

Meine Damen und Herren, ich sagte es am Samstag und ich wiederhole es heute noch einmal: Die Berichte über die nuklearen Folgen des schrecklichen Erdbebens und der furchtbaren Flutwelle in Japan sind widersprüchlich. Das ist heute, am Montag,

genau so, wie es auch vor zwei Tagen war. Genauso gilt aber auch: Es gibt nukleare Folgen, sie sind völlig unbestritten. Deshalb bedeuten diese Ereignisse nicht allein für Japan eine unfassbare Katastrophe, sondern sie sind auch ein Einschnitt für die ganze Welt, für Europa und auch für Deutschland; denn wir sind eine Welt.

20 Wir können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und wir gehen auch nicht zur Tagesordnung über. Denn wir können nicht so tun, als ob die Ereignisse in Japan schon deshalb keine Auswirkungen auf die ganze Welt, auf Europa und auf unser Land hätten, weil derartig gewaltige Erdbeben und Flutwellen nach menschlichem Ermessen bei uns nicht eintreffen werden. Das ist zwar richtig: Derart gewaltige
25 Naturkatastrophen sind bei uns nach allen Erfahrungen und Erwartungen nicht wahrscheinlich. Richtig bleibt auch: Wir wissen, wie sicher unsere Kraftwerke in Deutschland sind. Aber ebenso bleibt richtig, dass wir auf die friedliche Nutzung der Kernenergie als Brückentechnologie noch nicht verzichten können, wenn wir unseren Energieverbrauch als größte Wirtschaftsnation Europas weiter eigenständig und zuverlässig decken wollen und wenn wir auch den Anforderungen des Klimaschutzes weiter gerecht werden wollen. Auch der Wandel des Klimas ist eine Herausforderung für die Menschheit.

Dennoch: Es war und es ist kein leeres Wort, wenn ich sage: Wir können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und die bisherige unbestrittene Sicherheit unserer kerntechnischen Anlagen zum Maßstab auch des künftigen Handelns machen,
35 ohne dass wir infolge der jüngsten Ereignisse einmal innehalten. Denn die Ereignisse in Japan lehren uns, dass etwas, was nach allen wissenschaftlichen Maßstäben für unmöglich gehalten wurde, doch möglich werden könnte. Sie lehren uns, dass Risiken, die für absolut unwahrscheinlich gehalten wurden, doch nicht vollends unwahrscheinlich sind. Und wenn das so ist, wenn also schon in einem hochentwickelten Land wie Japan, einem Land mit hohen Sicherheitsstandards und hohen Sicherheitsanforderungen, nukleare Folgen eines Erdbebens und einer Flutwelle nicht verhindert werden können, dann hat das eben Folgen für die ganze Welt, dann hat das auch Folgen für Europa und dann hat das Folgen für uns in Deutschland. Das verändert die Lage
40 auch in Deutschland; dann haben wir eine neue Lage. Diese Lage muss vorbehaltlos, rückhaltlos und umfassend analysiert werden. Erst danach folgen Entscheidungen.

Wir haben deshalb am Samstag veranlasst, dass im Lichte der Erkenntnisse, die wir aus Japan haben, alle deutschen Kernkraftwerke einer umfassenden Sicherheitsprüfung unterzogen werden. Ich sage ganz deutlich: Es gibt bei dieser Sicherheitsprüfung keine Tabus. Genau aus diesem Grunde werden wir die erst kürzlich beschlossene Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke aussetzen.
50 Dies ist ein Moratorium. Dieses Moratorium gilt für drei Monate. Darüber, was das für die einzelnen Kernkraftwerke bedeutet, sind wir mit den Betreibern im Gespräch.

Damit kein Zweifel entsteht: Die Lage nach dem Moratorium wird eine andere sein als die Lage vor dem Moratorium. Wir werden in der Zeit des Moratoriums ausloten, wie wir den Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien forcieren und dieses Ziel noch schneller erreichen (können). Denn wenn wir von der Kernenergie als Brückentechnologie sprechen, dann bedeutet das nichts anderes, als das wir aus der Nutzung der Kernenergie aussteigen und die Energieversorgung in Deutschland
55 schnellstmöglich durch erneuerbare Energien gewährleisten möchten. Ein Abschalten deutscher Kernkraftwerke unter Inkaufnahme der Verwendung von Kernenergie aus anderen Ländern aber – das sage ich ebenso unmissverständlich – kann und darf nicht unsere Antwort sein. Die einzig redliche Antwort ist der forcierte und beschleunigte

Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien.

65 Meine Damen und Herren, die Menschen in Deutschland können sich darauf verlassen: Ihre Sicherheit und ihr Schutz sind für die Bundesregierung und für mich ganz persönlich oberstes Gebot. Es gilt der Grundsatz: Im Zweifel für die Sicherheit.

Morgen werde ich mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer, in denen Kernkraftwerke betrieben werden, die weiteren Maßnahmen im Rahmen des Moratoriums
70 beraten. Wir werden dann im Anschluss an das Gespräch mit den Ministerpräsidenten morgen erneut die Vorsitzenden der im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen über die Ergebnisse aller Beratungen unterrichten. An der Beratung mit den Ministerpräsidenten werden im Übrigen auch der Wirtschaftsminister und der Umweltminister teilnehmen.

75 In dieser Woche werden wir zur Lage in Japan und ihren Folgen eine Regierungserklärung durch mich im Deutschen Bundestag und eine anschließende Debatte haben. Darüber hinaus stehe ich in engstem Kontakt mit der Europäischen Kommission sowie den G20. Denn wie gesagt: Die Folgen der Katastrophe in Japan berühren die ganze Welt. Wir dürfen nicht vergessen, dass in Europa – zum Teil in unserer
80 unmittelbaren Nachbarschaft – Kernkraftwerke betrieben werden, die ebenfalls einer Sicherheitsüberprüfung bedürfen. Alles gehört auf den Prüfstand.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir abschließend noch ein persönliches Wort: So wichtig und unerlässlich alle Bewertungen und Maßnahmen sind, die wir in Deutschland und darüber hinaus beraten, so wichtig und unerlässlich ist es, dass
85 wir in dieser Stunde gleichzeitig nicht den Blick für die verlieren, die in Japan nicht wissen, wie sie den Tag überstehen sollen, wie sie genügend zu essen und zu trinken bekommen sollen, wie sie vermisste Angehörige finden sollen, wie sie ein neues Zuhause für sich und ihre Familien finden sollen und wie sie den Verlust ihrer Lieben verwunden sollen. Das Leid dieser so furchtbar geprüften Menschen in Japan muss weiter im Mittelpunkt all unseres Denkens, unseres Mitfühlens und unseres
90 Helfens stehen.

Ich danke Ihnen.

Nachfragen:

FRAGE: Frau Merkel, was bedeutet das Moratorium für die Kernkraftwerke, die ohne Laufzeitverlängerung ihre Reststrommengen schon aufgebracht haben? Müssen diese jetzt sofort vom Netz?

5 BK'IN MERKEL: Das wäre die Konsequenz, denn sonst wäre es kein Moratorium des von uns neu beschlossenen Gesetzes.

ZUSATZFRAGE: Ab wann?

BK'IN MERKEL: Ich würde sagen: Wenn wir mit den Kernkraftwerksbetreibern gesprochen haben.

3 Merkel zu Bin Laden und zur Energiepolitik

Angela Merkel in einem Interview mit der *Passauer Neuen Presse* [3]

Passauer Neue Presse (PNP): Frau Bundeskanzlerin, amerikanische Spezialeinheiten haben Osama bin Laden erschossen. Darf man sich darüber freuen, dass ein Mensch getötet worden ist?

5 Angela Merkel: Bin Laden war Kopf eines internationalen Terrornetzwerks, der ungeheure Verbrechen in Auftrag gegeben hat. Wir können und dürfen darüber erleichtert sein, dass er Menschen kein Leid mehr zufügen kann.

PNP: „Auge um Auge“ ist doch ein etwas albertümliches Rechtsverständnis, oder?

10 Merkel: Zunächst: Es steht mir wahrlich nicht zu, theologische Auslegungen von Bibelzitatzen vorzunehmen, dennoch möchte ich vorweg schicken, dass ich mir Ihre Interpretation dieses Wortes aus dem Alten Testament im Sinne eines dahinter stehenden Rachedankens statt einer Begrenzung von Vergeltung nicht zu eigen mache. Nun aber zurück zum Fall Bin Laden: Es geht darum, dass von diesem Mann wie auch von El Kaida insgesamt keine Gefahr mehr für Leib und Leben unschuldiger Menschen ausgeht.

15 *PNP: Aber die Würde des Menschen ist unantastbar, das gilt selbst für Massenmörder . . .*

20 Merkel: Richtig. Und dabei müssen wir gleichzeitig beachten, dass von ihm und seiner Organisation die sogenannte asymmetrische Bedrohung für die Welt ausgeht, gegen die die Welt unter anderem mit dem Einsatz in Afghanistan kämpft. Wir dürfen uns mit der Bedrohung des internationalen Terrorismus nicht abfinden.

PNP: Wird Bin Laden jetzt womöglich zum Märtyrer stilisiert, wenn die Debatte über die rechtlichen Grundlagen der Tötung weitergeht?

25 Merkel: Nicht nur unser Zentralrat der Muslime in Deutschland, sondern überhaupt große Teile der islamischen Welt haben sich darüber erleichtert geäußert, wenn von Bin Laden keine Terrorakte mehr ausgehen. Bin Laden hat den Islam missbraucht. Seine hasserfüllten Taten gegen Unschuldige haben mit Religion nichts zu tun, sie sind vielmehr eine Verhöhnung aller Religionen.

PNP: Ist die Welt jetzt ein Stück sicherer geworden?

30 Merkel: Ich hoffe, dass es so kommen wird. Den Amerikanern ist ein Schlag gegen den internationalen Terrorismus gelungen, indem sie Bin Laden stellen konnten. Das heißt aber nicht, dass wir vom Ende des Terrorismus sprechen können – die Bedrohung besteht fort. Wir werden die Freiheit und die Demokratie weiter gegen ihre Feinde verteidigen müssen. Insofern gibt es keinen Grund zur Entwarnung.

35 *PNP: Bin Laden ist tot, schon wird der Ruf nach einem schnelleren Abzug aus Afghanistan lauter . . .*

40 Merkel: Der Tod Osama bin Ladens ändert nichts daran, dass die Stabilität in Afghanistan noch nicht erreicht ist. Unsere Bundeswehrosoldaten sind dort, um zu verhindern, dass das Land wieder zum Ausgangspunkt von Terrorismus wird, durch den Gefahren für unsere Sicherheit ausgehen können. Dass Bin Laden aber nicht länger sein Unwesen treiben kann, ist eine Ermutigung für alle, die sich ein friedliches und stabiles Afghanistan wünschen.

PNP: Bin Laden konnte jahrelang unbehelligt in Pakistan leben. Ist das Regime in Islamabad noch ein verlässlicher Partner im Kampf gegen den Terror?

45 Merkel: Pakistan hat sich stets zum Kampf gegen den Terrorismus bekannt. Es wird als Partner gebraucht, und die Stellungnahmen der Regierung dort waren auch sehr eindeutig.

PNP: Wie wichtig sind jetzt die Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze und die Regelung der Vorratsdatenspeicherung?

50 Merkel: Als Regierung sind wir verpflichtet, die Sicherheit der Bürger im Einklang mit ihren Freiheitsrechten zu gewährleisten. Die Bundesregierung hat zur Behandlung der Anti-Terror-Gesetze ein klares Verfahren vereinbart. Auf Grundlage eines Exper-

tengutachtens soll noch vor der Sommerpause über die Verlängerung dieser Gesetze entschieden werden. Einen großen Teil der Vorschriften brauchen wir auch in Zukunft, um terroristische Anschläge in Deutschland verhindern zu können. Die Festnahmen der jüngeren Vergangenheit haben einmal mehr gezeigt, dass diese Gefahr tatsächlich besteht. Es ist selbstverständlich denkbar, dass wir die Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze erneut befristen. Auf das Instrument der Vorratsdatenspeicherung können wir im Zuge der Terror- und Verbrechensbekämpfung nicht verzichten, zumal wir verpflichtet sind, eine entsprechende EU-Richtlinie umzusetzen. Auch hierzu wird die Bundesregierung in absehbarer Zeit deshalb Entscheidungen treffen.

PNP: Zur Energiepolitik: Weshalb hat die Reaktor-Katastrophe in Fukushima Ihre Haltung zur Kernenergie so grundlegend verändert?

Merkel: Fukushima war ein einschneidendes Erlebnis, eine Nuklearkatastrophe in einem hochtechnisierten Land wie Japan. Das war für uns als Bundesregierung Anlass, die Risiken der Kernkraft für Deutschland neu bewerten zu lassen und die deutschen Atomkraftwerke erneut einer Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen. Mitte Mai erstattet die Reaktorsicherheitskommission ihren Bericht, dessen Ergebnisse wiederum in die Empfehlungen der Ethikkommission einfließen. Ich kann unseren Beschlüssen Anfang Juni, die auf alledem fußen werden, nicht vorgreifen.

PNP: War die Laufzeitverlängerung im vergangenen Jahr ein Fehler?

Merkel: Die Entscheidung für die Laufzeitverlängerung im vergangenen Herbst entsprach unserer langjährigen programmatischen Überzeugung. Wir hatten sie auch im Wahlkampf angekündigt. Im Rahmen unseres Energiekonzepts war die Laufzeitverlängerung ein Mittel zum Zweck. Der Zweck hieß und heißt: Wir wollen das Zeitalter der erneuerbaren Energien möglichst rasch erreichen. Mit der Laufzeitverlängerung wollten wir die Kernkraft als Brücke auf diesem Weg länger als Rot-Grün nutzen und zugleich finanzielle Mittel für den Ausbau der erneuerbaren Energien gewinnen. Die Betreiber der Atomkraftwerke sollten mehr als die Hälfte ihrer Zusatzgewinne für regenerative Energien zur Verfügung stellen. Auf diesem umfassenden Energiekonzept können wir aufbauen, wenn wir jetzt den Weg ins Zeitalter erneuerbarer Energien beschleunigen. Deutschland wird dadurch erst einmal stärker auf fossile Energien angewiesen sein. Da wir aber unseren Beitrag zum Klimaschutz weiter leisten wollen, müssen wir an anderer Stelle mehr tun. Alles, was wir für Energieeffizienz und Gebäudesanierung tun können, wird uns dabei helfen.

PNP: SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier wirft Ihnen vor, Sie würden die Energiepläne am Parlament vorbei „durchpeitschen“. Bleibt es bei Ihrem Zeitplan?

Merkel: Das Moratorium läuft Mitte Juni aus. Bis dahin legt die Bundesregierung ein Konzept auf den Tisch. Es wird nicht nur aus Änderungen im Atomgesetz bestehen. Auch für den Ausbau der erneuerbaren Energien und den Netzausbau wollen wir die notwendigen gesetzlichen Weichen stellen. Ich bin den Ministerpräsidenten der Länder sehr dankbar, dass sie sich bereit erklärt haben, die Gesetze unter Umständen beschleunigt zu beraten. Wir werden dem Bundestag keinen Tag nehmen, den die Abgeordneten zur gründlichen Beratung brauchen. Eines kann ich aber zusagen: Vor der Sommerpause sind die Gesetzgebungsverfahren zum schnelleren Umstieg auf erneuerbare Energien abgeschlossen. Hier geht es um ein großes Zukunftsprojekt für unser Land, dafür hoffe ich auf eine breite gesellschaftliche Basis. Ich habe alle Fraktionen im Bundestag eingeladen, bei diesen wichtigen Fragen mit uns zusammenzuarbeiten.

PNP: Ist überhaupt noch denkbar, dass die jetzt abgeschalteten Reaktoren wieder

100

ans Netz gehen?

Merkel: Alle Entscheidungen werden wir Anfang Juni treffen. Am 6. Juni wird das neue Atomgesetz vom Bundeskabinett auf den Weg gebracht.

PNP: Wann wird in Deutschland das letzte Atomkraftwerk vom Netz gehen?

105

Merkel: Ich kann gut nachvollziehen, dass die Menschen genau wissen wollen, wie lange die Kernenergie bei uns in Deutschland noch genutzt wird, dass sie also klare zeitliche Zielmarken erwarten. Ich will aber nicht ausschließen, dass auch bestimmte, definierte Strommengen in unserem Konzept eine Rolle spielen werden. Wie wir das konkret entscheiden, kann ich jetzt noch nicht sagen. Im Übrigen: Der rot-grüne Ausstiegsbeschluss aus dem Jahr 2000 sah kein festes Abschaltdatum für das letzte

110

Atomkraftwerk vor.
PNP: Stromkunden oder Steuerzahler – wer wird am Ende vor allem für die Kosten der Energiewende aufkommen müssen?

115

Merkel: Der Ausbau erneuerbarer Energien wird wie bisher mit Umlagen finanziert. Im letzten Jahr zahlten die Stromkunden für die zusätzlichen Kosten 9 Milliarden Euro über die EEG-Umlage. Dieses Erneuerbare Energiegesetz bleibt das Hauptinstrument der Förderung. Gleichzeitig werden wir weiter Zuschüsse aus Steuermitteln für die Gebäudesanierung zahlen.

PNP: Schließen Sie die Einführung eines Energie-Solidaritätszuschlags aus?

120

Merkel: So etwas wird es nicht geben. Die EEG-Umlage ist ja schon eine solidarische Umlage aller Stromverbraucher zugunsten der erneuerbaren Energien.

PNP: Gehört zu einem neuen Energiekonzept nicht auch die Lösung des Endlagerproblems?

125

Merkel: Ja, thematisch gehört das natürlich dazu. Vor der Sommerpause ist es aber nicht zu schaffen, abschließende Aussagen über die Zwischen- und Endlager zu machen. Wir werden das aber später definitiv tun, denn wer die Atomenergie nutzt, muss auch die Frage nach dem Umgang mit radioaktivem Müll beantworten.

PNP: Nicht alle CDU-Mitglieder sind von der schnellen Atomwende begeistert: Weshalb sind Sie gegen eine Mitgliederbefragung?

130

Merkel: Sie ist dann sinnvoll, wenn eine klare Ja-Nein-Alternative vorliegt, also zum Beispiel die Frage, ob man für oder gegen die Kernenergie als Brückentechnologie oder als unbegrenzt zu nutzende Energieform ist. Diese Frage aber stellt sich für uns gar nicht, weil die CDU sich schon im Grundsatzprogramm 2007 für das Prinzip einer überbrückenden und damit befristeten Nutzung ausgesprochen hat und es jetzt erneut um die Umsetzung davon geht. Wir benötigen dazu ein in sich schlüssiges Konzept, und dafür werde ich mit aller Kraft in meiner Partei werben.

135

PNP: Überfordern Sie die CDU mit Ihrem Kurswechsel in der Energiepolitik nicht?

140

Merkel: Ich spüre in der CDU, in der gesamten Union, sehr breite Unterstützung für unseren Kurs. Die Fragen, die unsere Mitglieder stellen, sind absolut legitim. Sie wollen wissen, was der beschleunigte Ausstieg aus der Atomenergie kostet und wie wir den Netzausbau bewerkstelligen wollen. Denn so viel ist ja klar: Den Ausstieg aus der Kernkraft beschließen und anschließend Atomstrom aus dem Ausland importieren – das ist nicht überzeugend.

4 Gallo-Bericht

Reinhard Bütikofer nimmt Stellung zu seinem Abstimmungsverhalten beim Gallo-Bericht im Europa-Parlament (Textquelle: Abgeordnetenwatch [1], Orthografie wie im Original):

Sehr geehrter Herr B.,

mir gefällt, dass Sie konsequent eine Antwort auf Ihre Frage zu meinem Abstimmungsverhalten beim Gallo-Bericht einfordern, und will Ihnen diese Frage auch gerne beantworten.

5 Mir gefällt an Ihrer Frage allerdings manches auch nicht; doch dazu später. Zur Sache.

10 Zunächst ist schlicht zu sagen, dass ich zu den im Zusammenhang mit dem Gallo-Bericht relevanten Fragen sicherlich alles andere als ein Experte bin. Ich habe mich um Informationen und Einschätzungen bemüht. Manche wichtige Punkte der Debatte habe ich vielleicht auch übersehen oder nicht verstanden. Zudem bedauere ich es, dass es vor der Gallo-Abstimmung die von Helga Trüpel mehrfach angeregte ausführliche Grundsatzdebatte im Plenum unserer Fraktion zu den vorhandenen Kontroversen nicht gegeben hat. Vielleicht hätte das dazu führen können, dass wir zu einer gemeinsamen Position gefunden hätten. Dem war aber nicht so, so dass zur Gallo-Abstimmung im Plenum zwei konkurrierende Grüne Abstimmungslisten vorlagen; eine von Helga Trüpel und eine der Mehrheit unserer Fraktionsexperten zu dem Thema. Ich bin der Abstimmungs-Liste von Helga Trüpel gefolgt. Danach habe ich wie sie zwar keineswegs alle einzelnen Forderungen des Gallo-Berichtes geteilt oder gebilligt, aber am Ende diesem insgesamt doch zugestimmt.

20 Zu dem Zeitpunkt der Abstimmungen über den am Ende mehrheitlich angenommenen Bericht hatte das Parlament allerdings den von der Grünen/EFA-Fraktion und auch mir mitgetragenen Antrag zum gleichen Thema schon zurückgewiesen. Ich war in dieser Situation nicht, wie die große Mehrheit meiner Fraktion der Auffassung, dass es besser sei, gar nichts zu beschließen. Das Signal, dass Künstler „auch im digitalen Zeitalter in ihren Rechten geschützt bleiben und für ihre urheberrechtlich geschützten Werke entlohnt werden“ sollten, war mir wichtig. Ich habe das für eine Hauptbotschaft des Gallo-Berichts angesehen.

30 Helga Trüpel hat für sich formuliert, sie verfolge den Ansatz, „dass sich ein gut regulierter, digitaler Markt entwickeln soll, damit es zu Fairness zwischen den Marktteilnehmern kommt. Es muss mehr legale, digitale Kulturangebote geben.“ Diesen Ansatz teile ich. Ich teile die Auffassung, dass der Schutz geistigen Eigentums im Binnenmarkt nicht nur ein richtiges Ziel ist, sondern es auch Aufgabe von Politik sein muss zu überlegen, wie er verwirklicht werden kann. Die Aufforderung an die Kommission „an assessment of the ways to strengthen and upgrade the legal framework with respect to the Internet“ anzustellen, ist nicht abwegig. Ist es falsch für die Richtlinie von 2004 zur Durchsetzung von Intellectual Property Rights Änderungsvorschläg einzufordern, mit denen die EU wirksamer gegen die Verletzung solcher Rechte vorgehen kann. Ich denke: Nein.

40 Wenn ich Ihren Offenen Brief an mich richtig lese, sehen Sie das anders. Sie schreiben: „Tauschbörsen ermöglichen jedem und jeder Deutschen, der/die einen Computer hat, in den Genuss von kulturellen Werken zu kommen, unabhängig von Einkommen und Vermögen. Auf die Art sind sie eine weitaus erfolgreichere Kulturförderung als öffentliche Bibliotheken, und für den Staat dazu noch kostenlos.“ Mal abgesehen davon, dass mir die Beschränkung Ihres Arguments auf Deutsche

45 nicht einleuchtet, möchte ich von Ihnen gerne wissen, auf welcher Rechtsbasis sie die Sicherung der Interessen von KünstlerInnen gewährleisten wollen? Der Verweis darauf, dass manche Nutzer freiwillig zahlen, kann es ja wohl nicht sein.

Ist mit dem Eintreten für den Schutz geistigen Eigentums für alle möglichen Kriminalisierungsstrategien, für Exklusionsstrategien à la Hadopi oder andere Strategien zur Privatisierung der Rechtsdurchsetzung ein Freibrief erteilt? Natürlich nicht.

50 Erst mal bestreite ich, dass man den Gallo-Bericht überhaupt auf's Repressive reduzieren kann. Der Bericht führt schließlich aus, dass es wesentlich darum gehe, bessere legale Märkte für digitale Inhalte zu schaffen, um der sogenannten online piracy zu begegnen: „Support for and development of the provision of a diversified, attractive, high-profile, legal range of goods and services for consumers may help to tackle the phenomenon of online infringement.“ Die Kritik an dem „lack of a functioning internal European digital market (which) constitutes an important obstacle to the development of legal online offers“ wird ausdrücklich formuliert und geschlussfolgert „that the EU runs the risk of condemning to failure efforts to develop the legitimate online market if it does not recognise that fact and make urgent proposals to address it.“ Was spricht in diesem Zusammenhang gegen eine Harmonisierung des Urheberrechts in Europa?

60 Doch selbst wenn man das zur Seite läßt, ist es nicht richtig, allen, die für Gallo gestimmt haben, pauschal einen „Dolchstoß in den Rücken der Freiheitsrechte der Bürger“ vorzuwerfen, wie die französischen Bürgerrechtler von La Quadrature du Net schreiben. Diese Organisation spricht von einem „Kreuzzug“ der Unterhaltungsindustrie, so als habe diese keinerlei legitime Interessen. Man redet von „blinder Repression und privater Copyrightpolizei im Netz“ und insinuiert, das Europäische Parlament habe sich quasi für die Methode „three strikes“ ausgesprochen. Das ist unlauter. Die website flash-news.ne zitiert das Techblog Ars Technica, das zu Recht darauf verweist, dass das EP gegen Three-Strikes-Gesetze ist. Ich bin selbst auch nicht für das Kappen des Internet-Anschlusses. Das ist absurd. Man kann ja auch nicht jemand, der ein paar mal im Laden geklaut hat, generelles Einkaufsverbot für jede Art Läden geben.

75 Die in einem nüchternen Ton verfasste Kritik von netzpolitik.org benennt drei Negativpunkte: unklare Begriffe; die Forderung nach Repression, obwohl kein nennenswerter Schaden zu belegen sei; die Forderung nach „nicht-legislativen Maßnahmen“. Das mit den unklaren Begriffen wird so sein. Die Forderung nach „strafrechtlichen Maßnahmen“ habe ich nicht unterstützt.

80 Zu den „nicht-legislativen Maßnahmen“ schreibt netzpolitik.org: „Solch ‚nichtlegislative Maßnahmen‘ – auch ‚freiwillige Vereinbarungen‘ genannt – wurden bereits in einer Mitteilung der Europäischen Kommission zur ‚Durchsetzung der Rechte an geistigem Eigentum‘ (v. 11.09.2010) erwähnt. Diese vertraglichen Sanktionen gegen Personen, die nicht-kommerzielles Filesharing betreiben, werden von Verwertungsindustrie und kooperativen Netzbetreibern festgelegt: Zugangsbeschränkungen, gezielte Netzsperrungen, Limitieren der Bandbreite etc... Dies ist buchstäblich eine offene Tür für die Einrichtung einer privaten Urheberrechtspolizei.“ Mir ist die erwähnte Mitteilung der Kommission nicht geläufig, aber der Formulierung im Gallo-Bericht: „stimmt der Kommission zu, dass zusätzliche, nichtlegislative Maßnahmen wie zum Beispiel Gespräche über mögliche Verbesserungen am digitalen Markt in Europa durch die freiwillige Harmonisierung von Verfahren und Standards unter den Beteiligten zweckdienlich sein können, um die Anwendung der Rechte des geistigen

Eigentums zu verstärken, insbesondere Maßnahmen, die sich aus einem eingehenden Dialog zwischen den Beteiligten ergeben.“ Daraus habe ich nicht entnommen, was netzpolitik.org kritisiert. Und um das eindeutig gesagt zu haben: In der Sache bin ich nicht für eine „private Urheberrechtspolizei“.

Was bleibt?

Der Gallo-Bericht ist eine nicht-legislative EntschlieÙung. Daraus wird nicht unmittelbar Recht. An der Rechtslage hat sich durch den Bericht nichts geändert. Alle Empfehlungen des Berichtes, die unproblematischen wie die hoch kontroversen, müssten erst in Gesetzesvorschläge gegossen werden.

Es ist also durchaus noch Zeit, die Diskussion fortzusetzen. Ich bin dabei auch gerne bereit dazuzulernen. Allerdings bin ich überzeugt, dass die notwendige und schwierige Abwägung von Rechten nicht gefördert wird, wenn von manchen file-sharing-Fans mit antikapitalistischer Rhethorik unterlegt so getan wird, als gebe es gar nichts abzuwägen.

Und damit bin ich bei dem, was mir an Ihrer Frage nicht gefallen hat, Herr B.

Sie schreiben, ich hätte gegen meine Wähler und gegen meine Fraktion für Gallo gestimmt.

In meiner Fraktion gab es verschiedene Meinungen. Das gab es auch schon bei anderen Themen. Diktatur der Fraktionsmehrheit gibt es nicht. Wäre auch nicht grün. „Gegen Fraktion“ ist Quatsch. „Gegen Wähler“? Ich misstraue jedem, der so tut, als seien meine Wähler homogen und er wüÙte ganz genau wie sie denken. Und ich müÙte mich dann auf jeden Fall daran halten. OK, ich habe über email oder twitter nur Wählerkritik bekommen. Von weniger als 50 Leuten. Wieviele davon „meine“ Wähler waren, kann ich nicht feststellen. Muss ich die Kritik nur ernst nehmen, wenn mir nachgewiesen wird, dass es meine Wähler waren? Und wenn es „meine“ waren, wieviele müssen mich kritisieren, damit feststeht, ich hätte gegen meine Wähler gehandelt? Reicht es, wenn alle, die Arne kennt, so denken? Was soll das? Warum solche Scheinargumente bemühen, statt einfach zu sagen: Ich finde es falsch und zwar aus folgenden Gründen.

Dann schreiben Sie, es sei besonders schlimm, dass ich als „Leiter der Europagruppe der Grünen“ so abgestimmt habe. Aus meiner Funktion als Sprecher leite ich nicht ab, dass andere mir zu folgen haben. Ich lasse die Funktion aber auch nicht so gegen meine Freiheit wenden, als hätte man ab einer bestimmten Funktionshöhe keine eigene Meinung mehr zu haben.

Sie raten mir auch, „einfach den internetaffinen Mitgliedern Ihrer Fraktion zu vertrauen“. Das finde ich ja ganz super. Und bei der Landwirtschaftspolitik vertraue ich den landwirtschaftsaffinen KollegInnen. Und Wirtschaftspolitik findet in der Wirtschaft statt. Wie? Kann ja sein, dass ich ab und zu schief liege. Dann streite ich drum, genau so, wie wenn ich überzeugt bin, Recht zu haben. Aber mit dem eigenen Kopf. Widerlegen Sie mich. Aber fordern Sie mich nicht auf, einfach denen nachzulaufen, die Ihrer Meinung nach Recht haben.

Mit freundlichen GrüÙen,

Reinhard Bütikofer

5 Vorratsdatenspeicherung schockgefroren

Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar schlägt seinen Kompromiss zur Vorratsdatenspeicherung vor [4]:

Gegen Quick Freeze wird eingewandt, dass insbesondere bei Flatrate-Verträgen überhaupt keine Daten aufgezeichnet werden, die eingefroren werden könnten. Dieses Argument ist nicht völlig von der Hand zu weisen. Insofern halte ich es für durchaus sinnvoll darüber nachzudenken, ob nicht eine auf wenige Tage beschränkte Speicherverpflichtung für Verkehrsdaten eingeführt und das Quick Freeze-Verfahren auf diese Weise als zugleich effektive und grundrechtsschonende Alternative zur Vorratsdatenspeicherung realisiert werden sollte. [...]

Eine Bewegung, die nicht in der Lage oder bereit ist, auf Gegenargumente einzugehen, läuft Gefahr, sich sektenähnlich zu verhärten und ist auf dem besten Wege, sich ins politische Abseits zu bewegen.

Feedback, Diskussion

Da ich an weiteren Beobachtungen, mehr Material und Diskussionen sehr interessiert bin, würde ich mich über Feedback freuen. Hier ein paar Kommunikationskanäle:

- E-Mail: maha@ccc.de
- Jabber: maha@jabber.ccc.de, maha@jabber.berlin.ccc.de
- <https://identi.ca/maha>, <https://twitter.com/martinhaase>
- <http://neusprech.org/> (zusammen mit Kai Biermann)
- <http://blog.maha-online.de/>

Literatur

- [1] Reinhard Bütikofer. Abgeordnetenwatch: Antwort [Gallo-Bericht]. http://www.abgeordnetenwatch.de/reinhard_buetikofer-901-22776--f266616.html, 2010. [Stand: 19. Mai 2011].
- [2] Angela Merkel. Pressestatement zu Fukushima, 14.3.2011. <http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/03/2011-03-14-bkin-lage-japan-atomkraftwerke.html>, 2011. [Stand: 19. Mai 2011].
- [3] Passauer Neue Presse. „Bedrohung durch Terrorismus besteht fort“. http://www.bundestkanzlerin.de/nn_683636/Content/DE/Interview/2011/05/2011-05-07-merkel-ppn.html, 2011. [Stand: 19. Mai 2011].
- [4] Peter Schaar. Einfrieren statt anhäufen! https://www.bfdi.bund.de/bfdi_forum/showthread.php?1643-Einfrieren-statt-anh%E4ufen!, 2010. [Stand: 19. Mai 2011].
- [5] Udo Vetter. „Wo bleibt das Recht?“. <http://www.lawblog.de/index.php/archives/2008/01/22/wo-bleibt-das-recht/>, 2008. [Stand: 19. Mai 2011].